

Backgrounder

Aktionsbündnis Menschenrechte - Philippinen

Ziel des Bündnisses ist es, durch Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit in Deutschland zu einer Verbesserung der Menschenrechtssituation in den Philippinen beizutragen. Das Büro koordiniert Publikationen, Veranstaltungen und Lobbyaktivitäten. Zielgruppe ist die Presse, politische Entscheider, Menschenrechtsengagierte und Multiplikatoren in Deutschland und Europa.

Das „Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen“ wird von Brot für die Welt, dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED), Misereor, Missio-München, dem **philippinenbüro** eV im Asienhaus und der Vereinten Evangelische Mission (VEM) getragen. Es besteht seit dem 1. August 2007. Thematischer Schwerpunkt der Arbeit ist die große Zahl der politischen Morde.

In den Philippinen gab es seit Anfang 2001 mehrere hundert Morde an politischen Aktivist/innen und kritischen Personen. Amnesty International berichtet über 66 politische Morde im Jahr 2005. 2006 wurde diese Zahl bereits Anfang September erreicht. Die Menschenrechtsorganisation Karapatan zählt insgesamt 864 politisch motivierte Morde zwischen dem Amtsantritt von Präsidentin Arroyo 2001 und Mai 2007, die Tageszeitung Philippine Daily Inquirer 251 von 2001 bis Ende September 2006. Die philippinische Regierung bezeichnete Ende September 2006 nur 110 Morde als politisch motiviert.

Die Opfer sind investigative Journalist/innen, Mitglieder politischer Parteien, Kirchenleute, radikaldemokratische Zivilgesellschaftler/innen, Gewerkschafter/innen, Lokalpolitiker/innen oder Landreformaktivist/innen. Viele Partnerorganisationen kirchlicher Hilfswerke und anderer deutscher Nichtregierungsorganisationen sind betroffen. Bisher ist es in nur wenigen Fällen zu Verhaftungen gekommen und in keinem zu Verurteilungen der mutmaßlichen Drahtzieher in Politik, Militär, Polizei oder Großgrundbesitz.

Die Regierung versucht auf internationaler Ebene den Anschein zu erwecken, das Problem aktiv anzugehen. Bis heute ist jedoch keine Verbesserung spürbar und Personen aus Militärkreisen, die mit politischen Morden in Verbindung gebracht wurden, bleiben von juristischen Konsequenzen unbehelligt. Bis Anfang 2007 wurden hingegen über 20 ehemalige Offiziere in gehobene Regierungs- und Verwaltungspositionen befördert und/oder als Kandidaten bei den bevorstehenden Senats- und Kongresswahlen aufgestellt.

Nichtstaatliche Akteure wie bewaffnete und Vigilante-Gruppen, die oft im Auftrag von politischen lokalen Partikularinteressen von Bürgermeister, Clan-Führern oder politischen Familien agieren, sind für eine große, bisher nicht ausreichend dokumentierte Zahl an politischen Morden verantwortlich. Das dies möglich ist, ist Ausdruck des rechtlosen Raumes, in dem Täter und kriminelle Netzwerke mit mächtigen politischen Beziehungen agieren.

Kontakt: philippinenbüro e.V. im Asienhaus, 0201 8303828, philippinenbuero@asienhaus.de
www.menschenrechte-philippinen.de